

HOOFDSTUK VI. — *Financiering***Artikel 24** - Vergoeding van de ombudsman

Het Bureau bepaalt de aard en de hoogte van de vergoeding van de ombudsman evenals de bijhorende uitbetalingsmodaliteiten.

De ombudsman kan van de in het eerste lid vermelde vergoedingen afstand doen gedurende de periode waarvoor hij bij de griffier van het Parlement een verklaring van afstand heeft ingediend.

**Artikel 25** - Ter beschikking gestelde financiële middelen

Het Parlement keurt jaarlijks op voorstel van de ombudsman de begroting en de rekening en verantwoording van zijn dienst goed. Dienovereenkomstige middelen worden op de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven.

De ombudsman legt zijn rekeningen aan het Rekenhof voor.

HOOFDSTUK VII. — *Slotbepalingen***Artikel 26** - Inwerkingtreding

Voorliggend decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 26 mei 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Zaken en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—  
Nota

*Zitting 2008-2009*

*Parlementaire stukken* : 163 (2008-2009) Nr. 1. Voorstel van decreet.

*Integraal verslag* : 26 mei 2009- Nr. 15 (2008-2009). Bespreking en aanneming.

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 3453

[2009/204280]

**11. JUNI 2009 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 8, § 3, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2000;

Auf Grund des am 18. Februar 2009 abgegebenen Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministers zuständig für Finanzen vom 9. April 2009;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 5. Mai 2009;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 46.635/2 des Staatsrates, das am 2. Juni 2009 in Anwendung von Artikel 84, § 1, Absatz 1, Nr. 1, der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Vize-Ministerpräsidenten, Ministers für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1 - Allgemeine Bedingungen**

§ 1 - Das Meistervolontariat dient zur Vorbereitung eines Volontärs auf eine selbstständige Tätigkeit oder auf eine Tätigkeit als Führungskraft in einem kleinen oder mittleren Unternehmen. Das Meistervolontariat umfasst den betrieblichen Teil einer Meisterausbildung und bereitet auf die Meisterprüfung vor.

§ 2 - Das Meistervolontariat wird auf Vermittlung des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (nachfolgend Institut genannt) zwischen einem Ausbildungsbetrieb, dem Meistervolontär als Auszubildenden und dem Institut geschlossen. Die Ausbildung des Meistervolontärs erfolgt im Rahmen der laut Artikel 8 des Dekretes über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleineren und mittleren Unternehmen vom 16. Dezember 1991 anerkannten Meisterausbildungen.

§ 3 - Dem Meistervolontariat liegt ein durch das Institut erstelltes und von dem Minister für Ausbildung genehmigtes Ausbildungsprogramm zu Grunde.

§ 4 - Der vorliegende Erlass regelt die Bedingungen zur Anerkennung eines Meistervolontariatsvertrags.

**Artikel 2 - Zulassungsbedingungen für Ausbildungsbetriebe**

§ 1 - Der Ausbildungsbetrieb muss zur Ausbildung von Meistervolontären durch das Institut zugelassen werden. Die Zulassung erfolgt nach Prüfung der organisatorischen, personellen und technischen Voraussetzungen des Betriebes in Hinblick auf die Vermittlung der im Ausbildungsprogramm aufgeführten Kompetenzen.

§ 2 - Der Betriebsleiter muss von uneingeschränkt tadelloser Führung sein. Der Betriebsleiter muss mindestens 25 Jahre alt sein und den Nachweis einer anerkannten Ausbildung im Beruf und einer zumindest dreijährigen Berufserfahrung in diesem Fachbereich erbringen, oder der Betriebsleiter muss mindestens 23 Jahre alt sein und den Nachweis einer anerkannten Ausbildung im Beruf haben und den Nachweis einer zumindest einjährigen Berufserfahrung erbringen.

Sollte keine derartige anerkannte Ausbildung existieren, muss der Nachweis einer mindestens neunjährigen Berufserfahrung im Fachbereich erbracht werden.

§ 3 - Wenn der Betriebsleiter die praktische Ausbildung des Meistervolontärs nicht persönlich gewährleisten kann, muss er unter den Betriebsangehörigen einen Ausbilder bezeichnen, der den in § 2 aufgeführten Bedingungen genügt.

§ 4 - Die Betriebsleiter und Ausbilder, die erstmals im Rahmen der mittelständischen Ausbildung ausbilden, sind verpflichtet, an einer vom Institut organisierten pädagogischen Fortbildung teilzunehmen.

§ 5 - Ein Betriebsleiter oder Ausbilder kann zeitgleich nicht mehr als zwei Meistervolontäre ausbilden.

### **Artikel 3 - Zulassungsbedingungen für Volontäre**

§ 1 - Um einen Meistervolontariatsvertrag abschließen zu können, muss der Meistervolontär den erfolgreichen Abschluss der Oberstufe des Sekundarunterrichts vorweisen.

§ 2 - Der Meistervolontär muss für körperlich tauglich erklärt werden. Die ärztliche Untersuchung muss innerhalb von 14 Tagen nach dem Anfangsdatum des Meistervolontärvertrags durchgeführt werden; sie wird auf Kosten des Betriebsleiters von einem anerkannten Arbeitsgesundheitsdienst durchgeführt.

### **Artikel 4 - Vertrag**

§ 1 - Der Meistervolontariatsvertrag wird nach einem auf Vorschlag des Institutes erstellten Modell vom Minister für Ausbildung genehmigt.

§ 2 - Der Meistervolontariatsvertrag wird für die Dauer von maximal drei Jahren geschlossen. Er kann einmal um ein Jahr verlängert werden. Die Dauer des Vertrags beträgt mindestens ein Jahr, außer wenn es sich um einen Vertrag handelt, der infolge der Auflösung eines vorhergehenden Vertrags geschlossen wurde. Jeder Vertrag beinhaltet eine Probezeit von drei Monaten.

Die Wochenarbeitszeit richtet sich nach der Arbeitsgesetzgebung und darf die durch das Kollektivabkommen der zuständigen Paritätischen Kommission festgelegte Höchstdauer nicht überschreiten. Der Meistervolontär muss durchschnittlich mindestens 24 Stunden pro Woche im Betrieb tätig sein. Dem Meistervolontär ist durch den Ausbildungsbetrieb eine monatliche Mindestzulage in nachfolgender Höhe auszuzahlen :

1. Ausbildungsjahr: 480,00 Euro
2. Ausbildungsjahr: 684,00 Euro
3. Ausbildungsjahr: 808,00 Euro

§ 3 - Der Betriebsleiter schließt für den Meistervolontär eine Arbeitsunfallversicherung ab.

§ 4 - Die Ausführung des Meistervolontariatsvertrages wird in den Fällen und unter den Bedingungen ausgesetzt, die im Gesetz über die Arbeitsverträge vom 3. Juli 1978 vorgesehen sind. Während der Aussetzung der Durchführung des Meistervolontariatsvertrages erhält der Meistervolontär während der ersten 30 Tage weiterhin seine Zulage.

Das Ausbildungsprogramm des Meistervolontariats ist Bestandteil des Vertrags und wird ihm beigelegt.

### **Artikel 5 - Pflichten des Betriebsleiters**

Der Betriebsleiter hat die Pflicht:

1 - dafür Sorge zu tragen, dass dem Meistervolontär die Kompetenzen des Berufs und die im entsprechenden Ausbildungsprogramm festgelegten Inhalte im Betrieb vermittelt werden, um ihn auf die Tests und Prüfungen sowie auf die spätere Ausübung des Berufes vorzubereiten.

2 - dem Meistervolontär alle Hilfen, Erklärungen, technischen Mittel und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, um die in Punkt 1 aufgeführten Ziele zu erreichen;

3 - den Meistervolontär bei der Erstellung von Arbeitsaufgaben und Berichten zu unterstützen;

4 - entsprechend der Vorgaben des Institutes einen Bericht über Dauer, Umfang und Inhalt des praktischen Teils der Ausbildung zu erstellen;

5 - die Kosten für die Teilnahme des Meistervolontärs an den durch das Institut festgelegten verpflichtenden Schulungen, überbetrieblichen Ausbildungen sowie an den Tests und Prüfungen zu zahlen;

6 - die Arbeitsplanung für den Meistervolontär so zu gestalten, dass dieser ungehindert an allen theoretischen Kursen der Ausbildung sowie an allen Tests und Prüfungen teilnehmen kann;

7 - dem Institut und den vom Institut bezeichneten Lehrlingssekretären Einblick in den praktischen Teil der Ausbildung in seinem Betrieb zu gewähren, hierfür die nötigen Auskünfte zu erteilen, Dokumente auszuhändigen und das Institut über eventuelle Unregelmäßigkeiten oder Besonderheiten in der Ausbildung zeitnah und unaufgefordert zu informieren.

8 - darauf zu achten, dass der Meistervolontär an den durch das Gesetzbuch über das Wohlbefinden bei der Arbeit vorgeschriebenen arbeitsmedizinischen Untersuchungen teilnimmt bzw. den Meistervolontär an diesen Untersuchungen teilnehmen zu lassen.

### **Artikel 6 - Entzug der Zulassung zur praktischen Ausbildung**

§ 1 - Werden die in Artikel 2, 4 und 5 beschriebenen Bedingungen und Pflichten seitens des Betriebes, des Betriebsleiters bzw. des Ausbilders nicht oder nicht mehr erfüllt, entzieht das Institut dem Betrieb, Betriebsleiter bzw. Ausbilder die in Artikel 2, § 1 vorgesehene Zulassung zur praktischen Ausbildung im Beruf. Der Entzug der Zulassung erfolgt für eine Dauer von mindestens einem Jahr.

§ 2 - Das IAWM kann die Zulassung zur praktischen Ausbildung im Beruf erst entziehen, wenn der Lehrlingssekretär die betroffene Person oder im Falle des Entzugs der Zulassung als Ausbildungsbetrieb den Betriebsleiter schriftlich und per Einschreibesendung aufgefordert hat, innerhalb von 14 Tagen schriftlich zum eventuellen Entzug der Zulassung Stellung zu beziehen. Der Lehrlingssekretär erläutert in der entsprechenden Aufforderung die Gründe, die Verfehlungen und die Rechtsbezüge, die Anlass zum Verfahren auf Entzug der Zulassung geben. Ferner muss dem Schreiben die Frist zu entnehmen sein, innerhalb derer die Stellungnahme vorliegen muss.

§ 3 - Geht innerhalb der in § 2 festgelegten Frist keine Stellungnahme ein, entscheidet das IAWM in Kenntnis der Sachlage und der geprüften Fakten, ob es den begründeten Entzug der Zulassung vornimmt, ihn zeitlich befristet oder die Wiedererlangung der Genehmigung oder der Anerkennung an bestimmte Auflagen knüpft.

Das IAWM teilt seine Entscheidung per Einschreibesendung mit.

### **Artikel 7 - Einspruchsverfahren**

§ 1 - Der Betrieb, Betriebsleiter oder der Ausbilder, dem die Zulassung zur praktischen Ausbildung entzogen wurde, kann bei dem Minister, der für die Ausbildung zuständig ist, Einspruch einlegen.

§ 2 - Der Einspruch muss innerhalb von 14 Tagen ab dem Datum der Zustellung der strittigen Entscheidung des IAWM per Einschreibesendung an das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet werden. Der Einspruch muss begründet sein. Ferner muss dem Einspruch eine Kopie der strittigen Entscheidung beigefügt werden.

§ 3 - Das IAWM, die in der betroffenen Ausbildung tätigen Lehrkräfte und Mitglieder von Prüfungsausschüssen sowie der Beschwerdeführer sind verpflichtet, dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Anfrage innerhalb von 14 Tagen alle Dokumente und Informationen zur Verfügung zu stellen, die dazu dienen können, den Einspruch korrekt zu beurteilen.

§ 4 - Der Minister, der für die Ausbildung zuständig ist, entscheidet ob er dem Einspruch stattgibt. Die Entscheidung wird dem IAWM und dem Beschwerdeführer per Einschreibesendung übermittelt.

#### **Artikel 8 - Pflichten des Meistervolontärs**

Der Meistervolontär hat die Pflicht:

1 - sich fristgerecht beim Organisator der theoretischen Kurse zu diesen einzuschreiben und die entsprechende Teilnehmergebühr vollständig zu entrichten;

2 - seinen vertraglichen Pflichten gegenüber dem Betrieb, in dem seine praktische Ausbildung erfolgt, nachzukommen;

3 - der praktischen Ausbildung im Betrieb regelmäßig und mit der Zielsetzung zu folgen, die Kompetenzen des Berufs und die im entsprechenden Ausbildungsprogramm festgelegten Inhalte im Betrieb zu erlernen, um sich auf die Tests und Prüfungen sowie auf die spätere Ausübung des Berufes vorzubereiten;

4 - regelmäßig den theoretischen Kursen bei dem durch das Institut festgelegten Organisator von Kursen zu folgen und an den entsprechenden Tests und Prüfungen teilzunehmen;

5 - nach den zeitlichen und inhaltlichen Vorgaben des Organisations der Kurse über die praktische Ausbildung im Betrieb in jedem Ausbildungsjahr einen umfassenden schriftlichen Bericht zu verfassen;

6 - an durch das Institut festgelegten Schulungen und überbetrieblichen Ausbildungen teilzunehmen;

7 - die durch das Institut festgelegten Berichte und Arbeiten im Rahmen der betrieblichen Ausbildung zu erstellen;

8 - den vom Institut bezeichneten Lehrlingssekretären Einblick in den praktischen Teil der Ausbildung im Betrieb zu gewähren, hierfür die nötigen Auskünfte zu erteilen, Dokumente auszuhändigen und das Institut über eventuelle Unregelmäßigkeiten oder Besonderheiten in der Ausbildung zeitnah zu informieren.

#### **Artikel 9 - Prüfungen**

§ 1 - Die Kurse sowie die Tests und Prüfungen finden in der Regel an einem auf Grund von Artikel 27 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen anerkannten Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, nachfolgend als "ZAWM" bezeichnet, statt.

§ 2 - Falls aus organisatorischen Gründen kein Kursus, keine Tests und keine Prüfungen in einem ZAWM angeboten werden, die dem gemäß Artikel 1, § 3 genehmigten Ausbildungsprogramm entsprechen, kann das IAWM einen anderen Organisator von Kursen hierfür bestimmen, insofern durch das IAWM festgestellt wurde, dass die Kursinhalte, Tests und Prüfungsbedingungen dort weitgehend mit denen übereinstimmen, die im Programm, das Gegenstand der Ausbildung ist, vorgesehen sind.

§ 3 - In dem Fall, dass Kurse Tests und Prüfungen in hierfür anerkannten Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfinden, finden die Bedingungen des Erlasses der Exekutive bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes vom 19. Dezember 1988 und des Erlasses der Exekutive über die Grundausbildung in der ständigen Weiterbildung des Mittelstandes vom 23. Dezember 1987 Anwendung.

#### **Artikel 10 - Kündigung**

§ 1 - Beim Abschluss des Meistervolontariatsvertrags wird eine Probezeit von drei Monaten vorgesehen. Während der Probezeit können beide Parteien das Arbeitsverhältnis ohne Begründung schriftlich aufkündigen mit einer Woche Kündigungsfrist.

§ 2 - Nach Ende der Probezeit können der Ausbildungsbetrieb und der Meistervolontär den Meistervolontariatsvertrag entsprechend den für Arbeitnehmer des betreffenden Sektors geltenden rechtlichen Fristen kündigen.

#### **Artikel 11 - Schlichtung**

Während der Ausführung des Meistervolontariatsvertrags können sich Ausbildungsbetrieb und Meistervolontär schriftlich, zeitnah und unaufgefordert zwecks Schlichtung an den vom Institut bestimmten Lehrlingssekretär wenden.

#### **Artikel 12 - Schwerer Fehler**

Im Falle eines schweren Fehlers können der Ausbildungsbetrieb und der Meistervolontär den Meistervolontariatsvertrag fristlos kündigen.

#### **Artikel 13 - Mitteilungen**

§ 1 - Ausbildungsbetrieb und Meistervolontär teilen dem vom Institut bestimmten Lehrlingssekretär schriftlich, zeitnah und unaufgefordert mit, wenn es Schwierigkeiten bei der Vertragsausführung gibt.

§ 2 - Ausbildungsbetrieb oder Meistervolontär teilen dem Institut unmittelbar die eventuelle Kündigung des Meistervolontariatsvertrags per Einschreiben mit.

#### **Artikel 14 - In-Kraft-Treten**

Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2009 in Kraft.

#### **Artikel 15 - Durchführung**

Der für die Ausbildung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 11. Juni 2009

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident, Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2009 — 3453

[2009/204280]

**11 JUIN 2009. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les P.M.E., l'article 8, § 3, modifié par le décret du 14 février 2000;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., donné le 18 février 2009;

Vu l'accord du Ministre compétent en matière de Finances, donné le 9 avril 2009;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 5 mai 2009;

Vu l'avis n° 46.635/2 du Conseil d'État, donné le 2 juin 2009, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur proposition du Vice-Ministre-Président, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup> - Dispositions générales**

§ 1<sup>er</sup> - Le stage volontaire de maîtrise a pour objet de préparer un stagiaire à l'exercice d'une profession indépendante ou à l'exercice d'une fonction de cadre dans une petite ou moyenne entreprise. Le stage volontaire de maîtrise comporte la partie pratique de la formation de chef d'entreprise et prépare à l'examen de fin de formation de futur chef d'entreprise.

§ 2 - Le stage volontaire de maîtrise est conclu par l'intermédiaire de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les petites et moyennes entreprises (ci-dessous : « Institut ») entre une entreprise formatrice, le stagiaire en tant qu'apprenti et l'Institut. La formation du stagiaire est organisée dans le cadre des formations de chef d'entreprise reconnues conformément à l'article 8 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les petites et moyennes entreprises.

§ 3 - Le stage volontaire de maîtrise est basé sur un programme de formation établi par l'Institut et approuvé par le Ministre de la Formation.

§ 4 - Le présent arrêté fixe les conditions d'agrément d'une convention de stage.

**Article 2 - Conditions d'agrément pour les entreprises formatrices**

§ 1<sup>er</sup> - L'entreprise formatrice doit être agréée par l'Institut pour la formation de stagiaires. L'agrément est octroyé après vérification des conditions organisationnelles, personnelles et techniques de l'entreprise quant au transfert des compétences figurant dans le programme de formation.

§ 2 - Le chef d'entreprise doit avoir une conduite irréprochable. Il doit avoir au moins 25 ans et prouver une formation agréée dans la profession ainsi qu'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans cette spécialité ou avoir au moins 23 ans, être titulaire du diplôme de formation de chef d'entreprise dans une formation agréée pour la profession et prouver une expérience professionnelle d'au moins un an.

Si une telle formation agréée n'existe pas, il faut justifier d'une expérience professionnelle d'au moins 9 ans dans la spécialité.

§ 3 - Lorsque le chef d'entreprise ne peut personnellement assurer la formation du stagiaire, il doit désigner parmi les membres du personnel de l'entreprise un formateur qui satisfait aux conditions énumérées au § 2.

§ 4 - Les chefs d'entreprise et les formateurs qui dispensent pour la première fois une formation pour les Classes moyennes doivent obligatoirement participer à un perfectionnement pédagogique organisé par l'Institut.

§ 5 - Un chef d'entreprise ou un formateur ne peut pas former plus de deux stagiaires à la fois.

**Article 3 - Conditions d'admission pour les stagiaires**

§ 1<sup>er</sup> - Le stagiaire doit prouver qu'il a terminé avec fruit l'enseignement secondaire supérieur pour pouvoir conclure une convention de stage.

§ 2 - Le stagiaire doit être déclaré physiquement apte. L'examen médical doit être réalisé dans les quinze jours suivant la date d'effet de la convention de stage par un service agréé de médecine du travail et aux frais du chef d'entreprise.

**Article 4 - Convention**

§ 1<sup>er</sup> - La convention de stage est approuvée par le Ministre de la Formation selon un modèle élaboré sur proposition de l'Institut.

§ 2 - La convention de stage est conclue pour une durée maximale de trois ans et peut être prolongée une seule fois d'un an. La durée minimale de la convention est d'un an, sauf lorsqu'il s'agit d'une convention conclue à la suite de la résiliation d'une convention antérieure. Chaque convention comporte une période d'essai de trois mois.

La durée de travail hebdomadaire respecte la législation du travail et ne peut pas dépasser la durée maximale de travail arrêtée dans la convention collective de la commission paritaire concernée. L'activité hebdomadaire moyenne du stagiaire dans l'entreprise doit atteindre 24 heures au moins. Le stagiaire doit percevoir de l'entreprise une allocation mensuelle qui s'élèvera

pour la 1<sup>re</sup> année de formation à 480,00 euros au moins;

pour la 2<sup>e</sup> année de formation à 684,00 euros au moins;

pour la 3<sup>e</sup> année de formation à 808,00 euros au moins.

§ 3 - Le chef d'entreprise contracte une assurance accidents de travail pour le stagiaire.

§ 4 - L'exécution de la convention de stage est suspendue dans les cas et aux conditions prévus par la loi du 3 juillet 1978 sur les contrats de travail. Le stagiaire continue à percevoir son allocation durant les 30 premiers jours de la suspension de l'exécution de la convention de stage.

Le programme de formation du stage volontaire de maîtrise fait partie intégrante de la convention et y est annexé.

**Article 5 - Obligations du chef d'entreprise**

Le chef d'entreprise a l'obligation :

1° de veiller à ce que les compétences du métier et les contenus fixés dans le programme de formation y relatif soient transmis au stagiaire durant son séjour dans l'entreprise en vue de le préparer aux tests et examens ainsi qu'à l'exercice futur de sa profession;

2° de mettre à la disposition du stagiaire toute l'aide, toutes les explications, tous les moyens techniques et tous les documents nécessaires à la réalisation des objectifs visés au 1°;

3° d'aider le stagiaire à réaliser ses tâches et à établir ses rapports;

4° d'établir conformément aux modalités fixées par l'Institut un rapport sur la durée, le volume et le contenu de la partie pratique de la formation;

5° de payer les frais occasionnés par la participation du stagiaire aux cours, formations interentreprises, tests et examens obligatoires déterminés par l'Institut;

6° d'organiser l'horaire de travail du stagiaire d'une façon telle qu'il puisse sans problème participer à tous les cours théoriques de la formation ainsi qu'à tous les tests et examens;

7° de permettre à l'Institut et aux secrétaires d'apprentissage désignés par l'Institut de prendre connaissance du volet pratique de la formation au sein de son entreprise, de leur fournir les informations nécessaires à cette fin, de leur remettre les documents nécessaires et d'informer immédiatement et spontanément l'Institut de toute irrégularité ou particularité dans la formation;

8° de veiller à ce que le stagiaire soit soumis aux examens médicaux imposés par le Code sur le bien-être au travail ou de permettre au stagiaire de s'y soumettre.

**Article 6 - Retrait de l'agrément pour la formation pratique**

§ 1<sup>er</sup> - Si l'entreprise, le chef d'entreprise ou les formateurs ne remplissent pas ou plus les conditions et obligations visées aux articles 2, 4 et 5, l'Institut leur retire l'agrément pour la formation pratique à la profession prévu à l'article 2, § 1<sup>er</sup>. Ce retrait intervient pour une durée minimale d'un an.

L'Institut ne peut retirer l'agrément pour la formation pratique à la profession que lorsque le secrétaire d'apprentissage, par lettre recommandée, a invité la personne concernée ou, dans le cas du retrait de l'agrément comme entreprise formatrice, le chef d'entreprise à prendre position par écrit dans les quinze jours à propos de l'éventuel retrait d'agrément. Dans cette invitation, le secrétaire d'apprentissage explique les motifs et/ou manquements conduisant à la procédure de retrait de l'agrément et indique les références légales. De plus, la lettre doit mentionner le délai dans lequel la prise de position doit être communiquée.

§ 3 - Si l'Institut ne reçoit aucune prise de position dans le délai fixé au § 2, il décide en connaissance de cause et des faits examinés, s'il procède au retrait motivé de l'agrément, limite l'agrément dans le temps ou subordonne la récupération de l'autorisation ou de l'agrément à certaines conditions.

L'Institut communique sa décision par recommandé.

**Article 7 - Procédure de recours**

§ 1<sup>er</sup> - L'entreprise, le chef d'entreprise ou le formateur dont l'agrément pour la formation pratique a été retiré peut introduire un recours auprès du ministre compétent en matière de Formation.

§ 2 - Le recours doit être adressé au Ministère de la Communauté germanophone dans les quinze jours suivant la date de notification de la décision contestée de l'Institut. Le recours doit être motivé. En outre, il doit être accompagné d'une copie de la décision contestée.

§ 3 - L'Institut, les enseignants dispensant la formation concernée et les membres des jurys d'examen ainsi que le réclamant sont obligés de transmettre dans les quinze jours au Ministère de la Communauté germanophone tous les documents et informations qu'il demande et qui serviront à évaluer correctement le recours.

§ 4 - Le ministre compétent en matière de formation décide s'il donne ou non suite au recours. La décision est communiquée à l'Institut et au réclamant par recommandé.

**Article 8 - Obligations du stagiaire**

Le stagiaire a l'obligation :

1° - de s'inscrire aux cours théoriques, dans les délais prévus, auprès de l'organisateur de ces cours et de verser le montant intégral des frais d'inscription y relatifs;

2° - de respecter ses obligations contractuelles envers l'entreprise où se déroule sa formation pratique;

3° - de fréquenter régulièrement la formation pratique au sein de l'entreprise avec l'objectif d'y acquérir les compétences professionnelles et contenus fixés par le programme de formation concerné, afin de se préparer aux tests et examens ainsi qu'à l'exercice futur de la profession;

4° - de suivre régulièrement les cours théoriques auprès de l'organisateur déterminé par l'Institut et de participer aux tests et examens portant sur ces cours;

5° - de rédiger, chaque année de formation, un rapport détaillé portant sur la formation pratique au sein de l'entreprise en se conformant aux directives de temps et de contenu fixées par l'organisateur des cours;

6° - de participer aux cours et aux formations interentreprises déterminés par l'Institut;

7° - de rédiger les rapports et de réaliser les travaux fixés par l'Institut dans le cadre de la formation en entreprise;

8° - de permettre aux secrétaires d'apprentissage désignés par l'Institut de prendre connaissance du volet pratique de la formation au sein de l'entreprise, de leur fournir les informations nécessaires à cette fin, de leur remettre les documents nécessaires et d'informer immédiatement et spontanément l'Institut de toute irrégularité ou particularité dans la formation.

**Article 9 - Examens**

§ 1<sup>er</sup> - Les cours, tests et examens sont généralement organisés dans un centre de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E. agréé en vertu de l'article 27 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., ci-après appelé « centre ».

§ 2 - Si, pour des raisons organisationnelles, un centre ne propose pas de cours, de tests et d'examens répondant au programme de formation approuvé conformément à l'article 1<sup>er</sup>, § 3, l'Institut peut déterminer à cette fin un autre organisateur de cours, pour autant qu'il ait constaté que les contenus de cours, que les tests et que les conditions d'examens correspondent dans une large mesure avec ceux prévus dans le programme relatif à ladite formation.

§ 3 - Si les cours, tests et examens sont organisés dans des institutions reconnues à cette fin par la Communauté germanophone, les dispositions de l'arrêté de l'Exécutif du 19 décembre 1988 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes et de l'arrêté de l'Exécutif du 23 décembre 1987 relatif aux cours de formation de base dans la formation permanente des classes moyennes sont d'application.

**Article 10 - Résiliation**

§ 1<sup>er</sup> - Lors de la conclusion de la convention de stage, une période d'essai de trois mois est prévue. Durant cette période d'essai, les deux parties peuvent, moyennant un préavis de sept jours, résilier la convention de stage par écrit sans devoir se justifier.

§ 2 - Après la fin de la période d'essai, l'entreprise formatrice et le stagiaire peuvent résilier la convention de stage dans les délais légaux en vigueur pour les travailleurs du secteur concerné.

**Article 11 - Arbitrage**

Pendant l'exécution de la convention de stage, l'entreprise formatrice et le stagiaire peuvent s'adresser par écrit, immédiatement et spontanément, au secrétaire d'apprentissage désigné par l'Institut afin d'obtenir un arbitrage.

**Article 12 - Faute grave**

En cas de faute grave, la convention de stage peut être résiliée sans préavis par l'entreprise formatrice et par le stagiaire.

**Article 13 - Communications**

§ 1<sup>er</sup> - L'entreprise formatrice et le stagiaire informent par écrit, immédiatement et spontanément, le secrétaire d'apprentissage désigné par l'Institut de toute difficulté relative à l'exécution de la convention.

§ 2 - L'entreprise formatrice ou le stagiaire informent l'Institut, immédiatement et par recommandé, de l'éventuelle résiliation de la convention de stage.

**Article 14 - Entrée en vigueur**

Le présent arrêté entre en vigueur au 1<sup>er</sup> juillet 2009.

**Article 15 - Exécution**

Le Ministre compétent en matière de Formation est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 11 juin 2009.

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,  
B. GENTGES

---

 VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 3453

[2009/204280]

**11 JUNI 2009. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap houdende invoering van een meesterschapsstage in de basisopleiding van de middenstand**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s, artikel 8, § 3, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2000;

Gelet op het advies van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s, gegeven op 18 februari 2009;

Gelet op het akkoord van de minister bevoegd inzake Financiën, gegeven op 9 april 2009;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 5 mei 2009;

Gelet op het advies nr. 46.635/2 van de Raad van State, gegeven op 2 juni 2009 met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1<sup>b</sup>, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op voordracht van de Vice-Minister-President, Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1 - Algemene bepalingen**

§ 1 - De meesterschapsstage dient als voorbereiding van een stagiair op een zelfstandige beroepsactiviteit of een leidinggevende functie in een kleine of middelgrote onderneming. De meesterschapsstage omvat het bedrijfskundige gedeelte van een opleiding tot ondernemingshoofd en bereidt de stagiair op het eindopleidingsexamen voor.

§ 2 - De meesterschapsstage wordt door bemiddeling van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s (hierna Instituut genoemd) tussen een opleidingsonderneming, de stagiair als leerjongen en het Instituut aangegaan. De opleiding van de stagiair gebeurt in het kader van de opleidingen tot ondernemingshoofd, erkend in overeenstemming met artikel 8 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s.

§ 3 - Aan de meesterschapsstage ligt een opleidingsprogramma ten grondslag dat door het Instituut vastgelegd en door de Minister van Vorming goedgekeurd is.

§ 4 - Dit besluit legt de voorwaarden vast voor de erkenning van een stageovereenkomst.

**Artikel 2 - Erkenningsvoorwaarden voor de opleidingsondernemingen**

§ 1 - De opleidingsonderneming moet voor de opleiding van stagiairs door het Instituut worden erkend. De erkenning wordt verleend na controle van de organisatorische, personele en technische vereisten van de onderneming qua overdracht van de in het opleidingsprogramma vermelde vaardigheden.

§ 2 - Het ondernemingshoofd moet een volkomen onberispelijk gedrag hebben. Het moet ten minste 25 jaar oud zijn en het bewijs van een erkende opleiding m.b.t. het beroep en van ten minste drie jaar beroepservaring in het betrokken vakgebied leveren of ten minste 23 jaar oud zijn, over het diploma van een erkende opleiding tot ondernemingshoofd m.b.t. het beroep beschikken en het bewijs van ten minste één jaar beroepservaring leveren.

Bestaat zo'n erkende opleiding niet, dan moet het bewijs van ten minste 9 jaar beroepservaring in het betrokken vakgebied worden geleverd.

§ 3 - Indien het ondernemingshoofd niet persoonlijk voor de praktische opleiding van de stagiair kan instaan, moet het onder de personeelsleden van de onderneming een opleider aanduiden die aan de in § 2 vermelde voorwaarden voldoet.

§ 4 - De ondernemingshoofden en opleiders die voor de eerste keer in het kader van een middenstandsopleiding een opleiding verstrekken, zijn verplicht aan een door het Instituut georganiseerde pedagogische bijscholing deel te nemen.

§ 5 - Een ondernemingshoofd of opleider kan niet meer dan twee stagiairs tegelijk opleiden.

#### **Artikel 3 - Toelatingsvoorwaarden voor de stagiairs**

§ 1 - Om een stageovereenkomst te mogen sluiten, moet de stagiair een diploma van hoger secundair onderwijs kunnen voorleggen.

§ 2 - De stagiair moet lichamelijk geschikt verklaard zijn. Het medisch onderzoek moet binnen 14 dagen na de begindatum van de stageovereenkomst, door een erkende arbeidsgeneeskundige dienst, op kosten van het ondernemingshoofd worden uitgevoerd.

#### **Artikel 4 - Overeenkomst**

§ 1 - De Minister keurt de stageovereenkomst goed op grond van een model opgesteld op voorstel van het Instituut.

§ 2 - De stageovereenkomst wordt voor een maximale duur van drie jaar gesloten. Ze kan een enkele keer met één jaar worden verlengd. De duur van de overeenkomst bedraagt minstens één jaar, behalve indien het om een overeenkomst gaat die als gevolg van de ontbinding van een vorige overeenkomst werd gesloten. Elke overeenkomst omvat een proeftijd van 3 maanden.

De wekelijkse arbeidsduur wordt vastgesteld met inachtneming van de arbeidswetgeving en mag de maximale duur, zoals vastgelegd in de collectieve overeenkomst van het bevoegde paritaire comité, niet overschrijden. De stagiair moet gemiddeld minstens 24 uur per week in de onderneming werkzaam zijn. De onderneming moet aan de stagiair een maandelijks minimale toelage betalen die voor

het eerste opleidingsjaar 480,00 EUR;

het tweede opleidingsjaar 684,00 EUR;

het derde opleidingsjaar 808,00 EUR bedraagt.

§ 3 - Het ondernemingshoofd sluit voor de stagiair een arbeidsongevallenverzekering af.

§ 4 - De uitvoering van de stageovereenkomst wordt opgeschort in de gevallen en onder de voorwaarden bepaald in de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten. Tijdens de opschorting van de uitvoering van de stageovereenkomst blijft de stagiair gedurende de eerste 30 dagen zijn toelage ontvangen.

Het opleidingprogramma van de meesterschapsstage vormt een bestanddeel van de stageovereenkomst en wordt erbij gevoegd.

#### **Artikel 5 - Plichten van het ondernemingshoofd**

Het ondernemingshoofd is verplicht :

1° er zorg voor te dragen dat aan de stagiair de vaardigheden van het beroep en de in het bijhorende opleidingsprogramma vastgelegde inhoud in de onderneming worden geleerd, om hem op de tests en examens evenals op de latere uitoefening van het beroep voor te bereiden;

2° de stagiair alle hulp, uitleg, technische middelen en documenten ter beschikking te stellen die noodzakelijk zijn om de onder 1° vermelde doelstellingen te bereiken;

3° de stagiair bij het verrichten van de werktaken en het opstellen van verslagen bij te staan;

4° overeenkomstig de richtlijnen van het Instituut een verslag over de duur, de omvang en de inhoud van het praktische gedeelte van de opleiding op te maken;

5° de kosten voor de deelname van de stagiair aan de door het Instituut vastgelegde verplichte cursussen, bedrijfsverkoepelende opleidingen evenals aan de tests en examens te betalen;

6° de werkplanning voor de stagiair zo op te stellen dat deze ongehinderd aan alle theoretische cursussen van de opleiding evenals aan alle tests en examens kan deelnemen;

7° het Instituut en de door het Instituut aangeduide leersecretarissen inzage in het praktische gedeelte van de opleiding in zijn onderneming te verlenen, hiervoor de nodige inlichtingen te verstrekken, documenten te overhandigen en het Instituut, zo vlug mogelijk en uit eigen beweging, over eventuele onregelmatigheden of bijzonderheden in de opleiding te informeren;

8° erop te letten dat de stagiair aan de krachtens het wetboek over het welzijn op het werk voorgeschreven arbeidsgeneeskundige onderzoeken deelneemt respectievelijk de stagiair aan die onderzoeken te laten deelnemen.

#### **Artikel 6 - Intrekking van de erkenning**

§ 1 - Indien de in de artikelen 2, 4 en 5 beschreven voorwaarden en plichten door de onderneming, het ondernemingshoofd of de opleider niet of niet meer nagekomen worden, trekt het Instituut de in artikel 2, § 1, bepaalde erkenning in die hen voor de praktische beroepsopleiding was verleend. Die intrekking geldt voor ten minste één jaar.

§ 2 - Het Instituut mag de erkenning voor de praktische beroepsopleiding pas intrekken, als de leersecretaris de betrokkene of, bij de intrekking van de erkenning als opleidingsonderneming, het ondernemingshoofd er per aangetekende brief om verzocht heeft, binnen de veertien dagen zijn standpunt over de mogelijke intrekking van de erkenning schriftelijk mede te delen. In het verzoek legt de leersecretaris uit, welke redenen en/of tekortkomingen aanleiding geven tot de intrekking en vermeldt de wettelijke referentieteksten. Bovendien moet de brief de termijn vermelden, waarin het standpunt moet worden meegedeeld.

§ 3 - Krijgt het Instituut geen standpunt binnen de in § 2 vermelde termijn, beslist het met kennis van zaken en van de onderzochte feiten, of het een met redenen omklede intrekking uitvoert, de duur van de erkenning beperkt of het herkrijgen van de toelating of erkenning aan bepaalde voorwaarden onderwerpt.

Het Instituut deelt zijn beslissing per aangetekende brief mee.

**Artikel 7 - Beroepsprocedure**

§ 1 - De onderneming, het ondernemingshoofd of de opleider aan wie de erkenning voor de praktische opleiding werd ingetrokken, kan een beroep indienen bij de minister bevoegd inzake Vorming.

§ 2 - Het beroep moet bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend, en dit binnen 14 dagen na de datum waarop de betwiste beslissing van het Instituut betekend is. Het beroep moet met redenen worden omkleed. Erbij moet bovendien een afschrift van de betwiste beslissing worden gevoegd.

§ 3 - Het Instituut, de leerkrachten die de betrokken opleiding verstrekken, de leden van de examencommissies alsmede de eiser zijn ertoe verplicht, het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap binnen veertien dagen alle gevraagde documenten en informatie ter beschikking te stellen die ertoe zullen dienen, het beroep correct te beoordelen.

§ 4 - De Minister bevoegd inzake Vorming beslist of hij het beroep al dan niet gevolg geeft. De beslissing wordt aan het Instituut en aan de eiser per aangetekende brief meegedeeld.

**Artikel 8 - Plichten van de stagiair**

De stagiair is verplicht :

1° zich tijdig bij de organisator van de theoretische cursussen voor deze laatste in te schrijven en het bijhorende inschrijvingsgeld volledig te storten;

2° zijn contractuele plichten tegenover de onderneming waarin zijn praktische opleiding plaatsvindt, na te komen;

3° de praktische opleiding in de onderneming regelmatig te volgen met als doel, daar de vaardigheden van het beroep en de in het bijhorende opleidingsprogramma vastgelegde inhoud te leren, om zich op de tests en examens evenals op de latere uitoefening van het beroep voor te bereiden;

4° regelmatig de theoretische cursussen bij de door het Instituut vastgelegde organisator te volgen en aan de bijhorende tests en examens deel te nemen;

5° elk opleidingsjaar overeenkomstig de richtlijnen inzake tijden en inhoud, zoals vastgelegd door de organisator van de cursussen, een uitvoerig schriftelijk verslag op te stellen over de praktische opleiding in de onderneming;

6° aan de door het Instituut vastgelegde cursussen en bedrijfsoverkoepelende opleidingen deel te nemen;

7° de door het Instituut vastgelegde verslagen en huiswerken in het kader van de bedrijfsopleiding op te stellen;

8° aan de door het Instituut aangeduide leersecretarissen inzake in het praktische gedeelte van de opleiding in de onderneming te verlenen, hiervoor de nodige inlichtingen te verstrekken, documenten te overhandigen en het Instituut, zo vlug mogelijk en uit eigen beweging, over eventuele onregelmatigheden of bijzonderheden in de opleiding te informeren.

**Artikel 9 - Examens**

§ 1 - In algemene regel vinden de cursussen, tests en examens plaats in een krachtens artikel 27 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s erkend centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand, hierna "centrum" genoemd.

§ 2 - Indien cursussen, tests en examens die met het krachtens artikel 1, § 3, goedgekeurd opleidingsprogramma overeenstemmen, in een centrum niet worden georganiseerd, dan kan het Instituut een andere organisator van cursussen hiertoe bepalen, voor zover het Instituut heeft vastgesteld dat de inhoud van de cursussen, de tests en de examensvoorwaarden in overwegende mate met die overeenstemmen die in het opleidingsprogramma bepaald zijn.

§ 3 - Indien cursussen, tests en examens in hiervoor door de Duitstalige Gemeenschap erkende instellingen plaatsvinden, dan gelden de bepalingen van het besluit van de Executieve van 19 december 1988 betreffende de examens en de evaluatie van de basisopleiding in de middenstand en van het besluit van de Executieve van 23 december 1987 betreffende de basisopleiding in de permanente vorming van de middenstand.

**Artikel 10 - Opzegging**

§ 1 - Bij het sluiten van de stageovereenkomst wordt er in een proeftijd van drie maanden voorzien. Tijdens de proeftijd kunnen beide partijen de dienstbetrekking zonder opgave van redenen schriftelijk en mits naleving van een opzeggingstermijn van een week opzeggen.

§ 2 - Na het eind van de proeftijd kunnen de opleidingsonderneming en de stagiair de stageovereenkomst mits naleving van de voor de werknemers van de betrokken sector geldende wettelijke termijnen opzeggen.

**Artikel 11 - Arbitrage**

Tijdens de uitvoering van de stageovereenkomst kunnen zich de opleidingsonderneming en de stagiair met het oog op arbitrage, zo vlug mogelijk en uit eigen beweging, schriftelijk tot de door het Instituut aangewezen leersecretaris wenden.

**Artikel 12 - Zware fout**

In geval van zware fout kunnen de opleidingsonderneming en de stagiair de stageovereenkomst met onmiddellijke ingang opzeggen.

**Artikel 13 - Mededelingen**

§ 1 - De opleidingsonderneming en de stagiair delen aan de door het Instituut aangewezen leersecretaris, zo vlug mogelijk en uit eigen beweging, schriftelijk mee, wanneer er moeilijkheden bij de uitvoering van de overeenkomst optreden.

§ 2 - De opleidingsonderneming of de stagiair delen onmiddellijk de eventuele opzegging van de stageovereenkomst per aangetekende brief aan het Instituut mee.

**Artikel 14 - Inwerkingtreding**

Voorliggend besluit treedt in werking op 1 juli 2009.

**Artikel 15 - Uitvoering**

De Minister bevoegde inzake Vorming wordt belast met de uitvoering van voorliggend besluit.

Eupen, 11 juni 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President, Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President, Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Zaken en Toerisme